

Prova B03

Laboratori di Fisica

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - La trasmissione del calore: descriverne le modalità e alcuni semplici esperimenti dimostrativi, che possono essere realizzati in aula con esempi tratti dalla vita quotidiana e che possono coinvolgere anche allievi non particolarmente motivati.

Quesito 2 - Il fenomeno della rifrazione della luce: chiarire il fallimento dell'interpretazione di Newton e illustrare una semplice dimostrazione del fenomeno. Descrivere le modalità di conduzione dell'esercitazione in un ambiente laboratoriale in cui si possano reperire solo strumenti elementari.

Quesito 3 - Il candidato metta a punto, facendo uso di un piano inclinato, un'esperienza di laboratorio per la misura del coefficiente di attrito statico, usando la tecnica della flipped classroom.

Quesito 4 - Si deve verificare in laboratorio la legge di Boyle. Si discuta una maniera per allestire un esperimento che consenta di verificare questo risultato, utilizzando la tecnica del cooperative learning.

Quesito 5 - Oggi si fa un gran parlare delle fibre ottiche. Pochi sanno, tuttavia, che una fibra ottica è tanto più efficace, quanto meno elevata è l'attenuazione da essa introdotta. Si descriva un apparato sperimentale per la verifica di questo importante parametro progettuale.

Quesito 6 - Nell'ambito delle Indicazioni Nazionali per il Curricolo, grande importanza rivestono i valori di un nuovo umanesimo e della cittadinanza attiva. Il candidato descriva il significato di cittadinanza attiva e le sue finalità in un contesto scolastico.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Vorwort

Für die Staaten Europas ist das Engagement ihrer Bürger im sozialen und politischen Leben nicht nur wichtig, um das Gedeihen der demokratischen Grundwerte zu gewährleisten, sondern auch, um den sozialen Zusammenhalt in einer Zeit wachsender gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt zu fördern.

Um sich verstärkt engagieren und beteiligen zu können, müssen die Bürger über das richtige Wissen und die richtigen Kompetenzen und Grundeinstellungen verfügen. Die Bürgerkompetenzen können den Einzelnen in die Lage versetzen, sich voll in das gesellschaftliche Leben einzubringen, allerdings muss sich dieses Engagement auf profunde Kenntnisse der sozialen Werte und politischen Konzepte und Strukturen sowie auf die Bereitschaft zur aktiven demokratischen Mitwirkung in der Gesellschaft stützen.

Soziale Kompetenzen und Bürgerkompetenzen nahmen daher eine zentrale Stellung in der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Bildung ein; sie zählen zu den acht Schlüsselkompetenzen, die im Jahr 2006 vom Rat und dem Europäischen Parlament als unverzichtbare Kompetenzen der Bürger in einer Wissensgesellschaft benannt wurden.

Die Förderung von Gleichheit, sozialem Zusammenhalt und aktiver Staatsbürgerschaft durch schulische Bildung ist zugleich eines der zentralen Ziele des aktuellen strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, der den Zeitraum bis zum Jahr 2020 abdeckt. Die Entwicklung wirksamer Konzepte, um dieses Ziel zu erreichen, ist für die Entscheidungsträger wie auch für die Praxis eine enorme Herausforderung. Diese zweite Ausgabe des Eurydice-Berichts „Citizenship Education at School in Europe“ („Bürgererziehung in der Schule in Europa“) soll einen Debattenbeitrag leisten, indem eine vergleichende Analyse neuerer nationaler Entwicklungen in diesem Bereich vorgelegt wird.

In diesem Bericht werden nationale politische Vorhaben und Strategien für die Reform des Lehrplans im Staatsbürgerkundeunterricht (Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung) untersucht. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen zur Förderung des „Learning by doing“, das eine entscheidende Komponente in einem Lernbereich darstellt, der praktische Fähigkeiten voraussetzt.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 3 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

In einer Zeit zunehmender kultureller Vielfalt ...

- a) ... müssen die Bürgerinnen und Bürger Europas ihre Demokratien umbauen.
- b) ... sind die Bürgerinnen und Bürger Europas gehalten, in politische Parteien einzutreten.
- c) ... müssen die Bürgerinnen und Bürger Europas in ihrem Alltag die traditionellen Werte der Demokratie verteidigen.
- d) ... müssen sich die Bürgerinnen und Bürger in Europa aktiver für gesellschaftliche und politische Werte einsetzen.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Vorwort

Für die Staaten Europas ist das Engagement ihrer Bürger im sozialen und politischen Leben nicht nur wichtig, um das Gedeihen der demokratischen Grundwerte zu gewährleisten, sondern auch, um den sozialen Zusammenhalt in einer Zeit wachsender gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt zu fördern.

Um sich verstärkt engagieren und beteiligen zu können, müssen die Bürger über das richtige Wissen und die richtigen Kompetenzen und Grundeinstellungen verfügen. Die Bürgerkompetenzen können den Einzelnen in die Lage versetzen, sich voll in das gesellschaftliche Leben einzubringen, allerdings muss sich dieses Engagement auf profunde Kenntnisse der sozialen Werte und politischen Konzepte und Strukturen sowie auf die Bereitschaft zur aktiven demokratischen Mitwirkung in der Gesellschaft stützen.

Soziale Kompetenzen und Bürgerkompetenzen nahmen daher eine zentrale Stellung in der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Bildung ein; sie zählen zu den acht Schlüsselkompetenzen, die im Jahr 2006 vom Rat und dem Europäischen Parlament als unverzichtbare Kompetenzen der Bürger in einer Wissensgesellschaft benannt wurden.

Die Förderung von Gleichheit, sozialem Zusammenhalt und aktiver Staatsbürgerschaft durch schulische Bildung ist zugleich eines der zentralen Ziele des aktuellen strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, der den Zeitraum bis zum Jahr 2020 abdeckt. Die Entwicklung wirksamer Konzepte, um dieses Ziel zu erreichen, ist für die Entscheidungsträger wie auch für die Praxis eine enorme Herausforderung. Diese zweite Ausgabe des Eurydice-Berichts „Citizenship Education at School in Europe“ („Bürgererziehung in der Schule in Europa“) soll einen Debattenbeitrag leisten, indem eine vergleichende Analyse neuerer nationaler Entwicklungen in diesem Bereich vorgelegt wird.

In diesem Bericht werden nationale politische Vorhaben und Strategien für die Reform des Lehrplans im Staatsbürgerkundeunterricht (Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung) untersucht. Ein weiterer Schwerpunkt liegt

auf Maßnahmen zur Förderung des „Learning by doing“, das eine entscheidende Komponente in einem Lernbereich darstellt, der praktische Fähigkeiten voraussetzt.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 3 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Bürgerkompetenzen ...

- a) ... werden in den Familien eingeübt.
- b) ... sind ein Relikt des bürgerlichen Zeitalters.
- c) ... bedürfen mutiger und couragierter Bürgerinnen und Bürger.
- d) ... setzen umfassendes politisches und soziales Wissen und die Bereitschaft zum Engagement voraus.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Vorwort

Für die Staaten Europas ist das Engagement ihrer Bürger im sozialen und politischen Leben nicht nur wichtig, um das Gedeihen der demokratischen Grundwerte zu gewährleisten, sondern auch, um den sozialen Zusammenhalt in einer Zeit wachsender gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt zu fördern.

Um sich verstärkt engagieren und beteiligen zu können, müssen die Bürger über das richtige Wissen und die richtigen Kompetenzen und Grundeinstellungen verfügen. Die Bürgerkompetenzen können den Einzelnen in die Lage versetzen, sich voll in das gesellschaftliche Leben einzubringen, allerdings muss sich dieses Engagement auf profunde Kenntnisse der sozialen Werte und politischen Konzepte und Strukturen sowie auf die Bereitschaft zur aktiven demokratischen Mitwirkung in der Gesellschaft stützen.

Soziale Kompetenzen und Bürgerkompetenzen nahmen daher eine zentrale Stellung in der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Bildung ein; sie zählen zu den acht Schlüsselkompetenzen, die im Jahr 2006 vom Rat und dem Europäischen Parlament als unverzichtbare Kompetenzen der Bürger in einer Wissensgesellschaft benannt wurden.

Die Förderung von Gleichheit, sozialem Zusammenhalt und aktiver Staatsbürgerschaft durch schulische Bildung ist zugleich eines der zentralen Ziele des aktuellen strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, der den Zeitraum bis zum Jahr 2020 abdeckt. Die Entwicklung wirksamer Konzepte, um dieses Ziel zu erreichen, ist für die Entscheidungsträger wie auch für die Praxis eine enorme Herausforderung. Diese zweite Ausgabe des Eurydice-Berichts „Citizenship Education at School in Europe“ („Bürgererziehung in der Schule in Europa“) soll einen Debattenbeitrag leisten, indem eine vergleichende Analyse neuerer nationaler Entwicklungen in diesem Bereich vorgelegt wird.

In diesem Bericht werden nationale politische Vorhaben und Strategien für die Reform des Lehrplans im Staatsbürgerkundeunterricht (Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung) untersucht. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen zur Förderung des „Learning by doing“, das eine entscheidende Komponente in einem Lernbereich darstellt, der praktische Fähigkeiten voraussetzt.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 3 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Weshalb sind soziale und Bürgerkompetenzen in der Bildung fundamental?

- a) Soziale und Bürgerkompetenzen können nur im Kindergartenalter erworben werden.

- b) Soziale und Bürgerkompetenzen werden nur in direkten Demokratien wie beispielsweise der Schweiz wirklich praktiziert.
- c) Soziale und Bürgerkompetenzen werden in der Schule und während der beruflichen Ausbildung erworben und eingeübt.
- d) Soziale und Bürgerkompetenzen könnten in Form eines obligatorischen Studienseesters für künftige Lehrerinnen und Lehrer gelehrt werden.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Vorwort

Für die Staaten Europas ist das Engagement ihrer Bürger im sozialen und politischen Leben nicht nur wichtig, um das Gedeihen der demokratischen Grundwerte zu gewährleisten, sondern auch, um den sozialen Zusammenhalt in einer Zeit wachsender gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt zu fördern.

Um sich verstärkt engagieren und beteiligen zu können, müssen die Bürger über das richtige Wissen und die richtigen Kompetenzen und Grundeinstellungen verfügen. Die Bürgerkompetenzen können den Einzelnen in die Lage versetzen, sich voll in das gesellschaftliche Leben einzubringen, allerdings muss sich dieses Engagement auf profunde Kenntnisse der sozialen Werte und politischen Konzepte und Strukturen sowie auf die Bereitschaft zur aktiven demokratischen Mitwirkung in der Gesellschaft stützen.

Soziale Kompetenzen und Bürgerkompetenzen nahmen daher eine zentrale Stellung in der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Bildung ein; sie zählen zu den acht Schlüsselkompetenzen, die im Jahr 2006 vom Rat und dem Europäischen Parlament als unverzichtbare Kompetenzen der Bürger in einer Wissensgesellschaft benannt wurden.

Die Förderung von Gleichheit, sozialem Zusammenhalt und aktiver Staatsbürgerschaft durch schulische Bildung ist zugleich eines der zentralen Ziele des aktuellen strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, der den Zeitraum bis zum Jahr 2020 abdeckt. Die Entwicklung wirksamer Konzepte, um dieses Ziel zu erreichen, ist für die Entscheidungsträger wie auch für die Praxis eine enorme Herausforderung. Diese zweite Ausgabe des Eurydice-Berichts „Citizenship Education at School in Europe“ („Bürgererziehung in der Schule in Europa“) soll einen Debattenbeitrag leisten, indem eine vergleichende Analyse neuerer nationaler Entwicklungen in diesem Bereich vorgelegt wird.

In diesem Bericht werden nationale politische Vorhaben und Strategien für die Reform des Lehrplans im Staatsbürgerkundeunterricht (Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung) untersucht. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen zur Förderung des „Learning by doing“, das eine entscheidende Komponente in einem Lernbereich darstellt, der praktische Fähigkeiten voraussetzt.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 3 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Was bedeutet die Entwicklung von Bürgerkompetenzen für die einzelnen europäischen Länder?

- a) Sie haben es leicht, denn sie können sich an Praxismodellen, die ihnen von den europäischen Behörden vorgegeben werden, orientieren.
- b) Sie müssen Entscheidungen treffen, die sie nie mehr revidieren können.
- c) Sie haben die Möglichkeit, sich über die europäischen Projekte hinwegzusetzen.
- d) Sie stehen vor schwierigen Entscheidungen für didaktische und praktische Konzepte, die Erfolg versprechen.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Vorwort

Für die Staaten Europas ist das Engagement ihrer Bürger im sozialen und politischen Leben nicht nur wichtig, um das Gedeihen der demokratischen Grundwerte zu gewährleisten, sondern auch, um den sozialen Zusammenhalt in einer Zeit wachsender gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt zu fördern.

Um sich verstärkt engagieren und beteiligen zu können, müssen die Bürger über das richtige Wissen und die richtigen Kompetenzen und Grundeinstellungen verfügen. Die Bürgerkompetenzen können den Einzelnen in die Lage versetzen, sich voll in das gesellschaftliche Leben einzubringen, allerdings muss sich dieses Engagement auf profunde Kenntnisse der sozialen Werte und politischen Konzepte und Strukturen sowie auf die Bereitschaft zur aktiven demokratischen Mitwirkung in der Gesellschaft stützen.

Soziale Kompetenzen und Bürgerkompetenzen nahmen daher eine zentrale Stellung in der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Bildung ein; sie zählen zu den acht Schlüsselkompetenzen, die im Jahr 2006 vom Rat und dem Europäischen Parlament als unverzichtbare Kompetenzen der Bürger in einer Wissensgesellschaft benannt wurden.

Die Förderung von Gleichheit, sozialem Zusammenhalt und aktiver Staatsbürgerschaft durch schulische Bildung ist zugleich eines der zentralen Ziele des aktuellen strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, der den Zeitraum bis zum Jahr 2020 abdeckt. Die Entwicklung wirksamer Konzepte, um dieses Ziel zu erreichen, ist für die Entscheidungsträger wie auch für die Praxis eine enorme Herausforderung. Diese zweite Ausgabe des Eurydice-Berichts „Citizenship Education at School in Europe“ („Bürgererziehung in der Schule in Europa“) soll einen Debattenbeitrag leisten, indem eine vergleichende Analyse neuerer nationaler Entwicklungen in diesem Bereich vorgelegt wird.

In diesem Bericht werden nationale politische Vorhaben und Strategien für die Reform des Lehrplans im Staatsbürgerkundeunterricht (Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung) untersucht. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen zur Förderung des „Learning by doing“, das eine entscheidende Komponente in einem Lernbereich darstellt, der praktische Fähigkeiten voraussetzt.

Aus: EURYDICE (2012): Bürgererziehung in Europa. Bericht der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, S. 3 URL: <http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice> [6/04/2016]

Worum geht es im Bericht der europäischen Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur?

- a) Im Bericht werden ausgesuchte Beispiele für ausgezeichnete Konzepte und Strategien vorgestellt.
- b) Im Bericht wird aufgezeigt, welche Maßnahmen und Strategien bezüglich staatsbürgerlichen Engagements wenig erfolgversprechend sind.
- c) Der Bericht bietet einen Überblick über schulische und praxisbezogene Maßnahmen der einzelnen europäischen Länder zur Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung.
- d) Der Bericht ist das Ergebnis eines Forschungsprojekts der Mittelmeerländer.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Kein Mega-Parlament

Der Bundestag droht zu platzen: Die mögliche Anzahl der Sitze ist zu groß, das finden alle Fraktionen. Ein Vorschlag von Bundestagspräsident Lammert, der diese Anzahl begrenzen will, stößt dennoch nicht auf Begeisterung.

Es gibt Spitzenplätze, die man nicht unbedingt haben möchte. Deutschland beispielsweise hätte demnächst – nach der kommenden Bundestagswahl – eine gute Chance auf einen zweiten Platz. Noch vor Nordkorea, aber weit abgeschlagen hinter der Volksrepublik China. Nach dem momentan geltenden Wahlrecht nämlich könnte der kommende Bundestag dann bis zu 700 Abgeordnete haben. In Nordkorea sind es ein paar weniger, in China fast 3000. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hat den Fraktionsvorsitzenden am 13. April nun einen Vorschlag dazu gemacht, wie sich die Vergrößerung verhindern ließe.

Was ist das Problem?

Schon als der aktuelle, also 18. Deutsche Bundestag zum ersten Mal zusammentrat, hatte der Bundestagspräsident darauf hingewiesen, dass es mit dem Wahlrecht in Zukunft ein Problem geben könnte. Dieses Wahlrecht war nämlich erst kurz zuvor geändert worden. Ziel war mehr Gerechtigkeit bei den Überhangmandaten. [...] Das Problem ist, dass dadurch theoretisch bei der nächsten Wahl 2017 noch viel mehr Abgeordnete in den Bundestag kommen könnten als momentan. Konkret sieht Lammert dabei folgende Probleme:

- *Sitzen noch mehr Abgeordnete im Bundestag als jetzt, wird der dadurch nicht gerade effektiver.*
 - *Die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten werden schwieriger, denn man kann vor den Bundestagsgebäuden ja keine Zelte aufbauen, in denen die Büros der zusätzlichen Abgeordneten dann Platz finden.*
 - *Die Kosten steigen, der Steuerzahler freut sich nicht darüber.*
 - *Die Wähler wissen im Vorhinein nicht, über wie viele Mandate sie eigentlich entscheiden und überhaupt ist das geltende Wahlrecht ziemlich schwer durchschaubar.*
- [...]*

Aus: Hennig, André: Kein Mega-Parlament. In:

http://www.mitmischen.de/diskutieren/nachrichten/April_2016/Wahlrecht/index.jsp [16.04.2016]

Mit welchem Problem hat der Deutsche Bundestag seit einiger Zeit zu kämpfen?

- a) Die Fraktionen der verschiedenen Parteien im Deutschen Bundestag sind sich bezüglich der Abgeordnetenzahlen nicht einig.
- b) Aufgrund des gültigen Wahlrechts nimmt die Anzahl der Abgeordneten im Deutschen Bundestag zu.
- c) Es drängen immer mehr deutsche Staatsbürger ausländischer Abstammung in den Deutschen Bundestag.
- d) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags sind mit ihren Arbeitsbedingungen nicht mehr zufrieden.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Kein Mega-Parlament

Der Bundestag droht zu platzen: Die mögliche Anzahl der Sitze ist zu groß, das finden alle Fraktionen. Ein Vorschlag von Bundestagspräsident Lammert, der diese Anzahl begrenzen will, stößt dennoch nicht auf Begeisterung.

Es gibt Spitzenplätze, die man nicht unbedingt haben möchte. Deutschland beispielsweise hätte demnächst – nach der kommenden Bundestagswahl – eine gute Chance auf einen zweiten Platz. Noch vor Nordkorea, aber weit abgeschlagen hinter der Volksrepublik China. Nach dem momentan geltenden Wahlrecht nämlich könnte der kommende Bundestag dann bis zu 700 Abgeordnete haben. In Nordkorea sind es ein paar weniger, in China fast 3000. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hat den Fraktionsvorsitzenden am 13. April nun einen Vorschlag dazu gemacht, wie sich die Vergrößerung verhindern ließe.

Was ist das Problem?

Schon als der aktuelle, also 18. Deutsche Bundestag zum ersten Mal zusammentrat, hatte der Bundestagspräsident darauf hingewiesen, dass es mit dem Wahlrecht in Zukunft ein Problem geben könnte.

Dieses Wahlrecht war nämlich erst kurz zuvor geändert worden. Ziel war mehr Gerechtigkeit bei den Überhangmandaten. [...] Das Problem ist, dass dadurch theoretisch bei der nächsten Wahl 2017 noch viel mehr Abgeordnete in den Bundestag kommen könnten als momentan. Konkret sieht Lammert dabei folgende Probleme:

- *Sitzen noch mehr Abgeordnete im Bundestag als jetzt, wird der dadurch nicht gerade effektiver.*
 - *Die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten werden schwieriger, denn man kann vor den Bundestagsgebäuden ja keine Zelte aufbauen, in denen die Büros der zusätzlichen Abgeordneten dann Platz finden.*
 - *Die Kosten steigen, der Steuerzahler freut sich nicht darüber.*
 - *Die Wähler wissen im Vorhinein nicht, über wie viele Mandate sie eigentlich entscheiden und überhaupt ist das geltende Wahlrecht ziemlich schwer durchschaubar.*
- [...]*

Aus: Hennig, André: Kein Mega-Parlament. In:

http://www.mitmischen.de/diskutieren/nachrichten/April_2016/Wahlrecht/index.jsp [16.04.2016]

An welcher Position befindet sich Deutschland mit der Anzahl seiner Abgeordneten im Bundestag weltweit?

- a) Für Deutschland sind die Abgeordneten wichtiger als seine Position in der internationalen Rangliste.
- b) Deutschland befindet sich auf den vorderen Plätzen.
- c) Deutschland ist weit hinten.
- d) Deutschland befindet sich im europäischen Mittelfeld.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Kein Mega-Parlament

Der Bundestag droht zu platzen: Die mögliche Anzahl der Sitze ist zu groß, das finden alle Fraktionen. Ein Vorschlag von Bundestagspräsident Lammert, der diese Anzahl begrenzen will, stößt dennoch nicht auf Begeisterung.

Es gibt Spitzenplätze, die man nicht unbedingt haben möchte. Deutschland beispielsweise hätte demnächst – nach der kommenden Bundestagswahl – eine gute Chance auf einen zweiten Platz. Noch vor Nordkorea, aber weit abgeschlagen hinter der Volksrepublik China. Nach dem momentan geltenden Wahlrecht nämlich könnte der kommende Bundestag dann bis zu 700 Abgeordnete haben. In Nordkorea sind es ein paar weniger, in China fast 3000. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hat den Fraktionsvorsitzenden am 13. April nun einen Vorschlag dazu gemacht, wie sich die Vergrößerung verhindern ließe.

Was ist das Problem?

Schon als der aktuelle, also 18. Deutsche Bundestag zum ersten Mal zusammentrat, hatte der Bundestagspräsident darauf hingewiesen, dass es mit dem Wahlrecht in Zukunft ein Problem geben könnte. Dieses Wahlrecht war nämlich erst kurz zuvor geändert worden. Ziel war mehr Gerechtigkeit bei den Überhangmandaten. [...] Das Problem ist, dass dadurch theoretisch bei der nächsten Wahl 2017 noch viel mehr Abgeordnete in den Bundestag kommen könnten als momentan. Konkret sieht Lammert dabei folgende Probleme:

- *Sitzen noch mehr Abgeordnete im Bundestag als jetzt, wird der dadurch nicht gerade effektiver.*
- *Die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten werden schwieriger, denn man kann vor den Bundestagsgebäuden ja keine Zelte aufbauen, in denen die Büros der zusätzlichen Abgeordneten dann Platz finden.*
- *Die Kosten steigen, der Steuerzahler freut sich nicht darüber.*
- *Die Wähler wissen im Vorhinein nicht, über wie viele Mandate sie eigentlich entscheiden und überhaupt ist das*

geltende Wahlrecht ziemlich schwer durchschaubar.
[...]

Aus: Hennig, André: Kein Mega-Parlament. In:

http://www.mitmischen.de/diskutieren/nachrichten/April_2016/Wahlrecht/index.jsp [16.04.2016]

Mit welchem wichtigen Problem hat der Präsident des Deutschen Bundestages zu kämpfen, wenn er eine Veränderung herbeiführen möchte?

- a) Neubürgerinnen und Neubürger wären zu wenig im Parlament vertreten.
- b) Er darf den Versuch, mehr Gerechtigkeit bei den Überhangmandaten zu schaffen, nicht rückgängig machen.
- c) Deutschland verliert seine Spitzenposition in der internationalen Rangfolge der Abgeordnetenzahlen.
- d) Die Anzahl der Abgeordneten im Parlament wird in Relation zur Bevölkerung immer kleiner.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Kein Mega-Parlament

Der Bundestag droht zu platzen: Die mögliche Anzahl der Sitze ist zu groß, das finden alle Fraktionen. Ein Vorschlag von Bundestagspräsident Lammert, der diese Anzahl begrenzen will, stößt dennoch nicht auf Begeisterung.

Es gibt Spitzenplätze, die man nicht unbedingt haben möchte. Deutschland beispielsweise hätte demnächst – nach der kommenden Bundestagswahl – eine gute Chance auf einen zweiten Platz. Noch vor Nordkorea, aber weit abgeschlagen hinter der Volksrepublik China. Nach dem momentan geltenden Wahlrecht nämlich könnte der kommende Bundestag dann bis zu 700 Abgeordnete haben. In Nordkorea sind es ein paar weniger, in China fast 3000. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hat den Fraktionsvorsitzenden am 13. April nun einen Vorschlag dazu gemacht, wie sich die Vergrößerung verhindern ließe.

Was ist das Problem?

Schon als der aktuelle, also 18. Deutsche Bundestag zum ersten Mal zusammentrat, hatte der Bundestagspräsident darauf hingewiesen, dass es mit dem Wahlrecht in Zukunft ein Problem geben könnte. Dieses Wahlrecht war nämlich erst kurz zuvor geändert worden. Ziel war mehr Gerechtigkeit bei den Überhangmandaten. [...] Das Problem ist, dass dadurch theoretisch bei der nächsten Wahl 2017 noch viel mehr Abgeordnete in den Bundestag kommen könnten als momentan. Konkret sieht Lammert dabei folgende Probleme:

- *Sitzen noch mehr Abgeordnete im Bundestag als jetzt, wird der dadurch nicht gerade effektiver.*
- *Die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten werden schwieriger, denn man kann vor den Bundestagsgebäuden ja keine Zelte aufbauen, in denen die Büros der zusätzlichen Abgeordneten dann Platz finden.*
- *Die Kosten steigen, der Steuerzahler freut sich nicht darüber.*
- *Die Wähler wissen im Vorhinein nicht, über wie viele Mandate sie eigentlich entscheiden und überhaupt ist das geltende Wahlrecht ziemlich schwer durchschaubar.*

[...]

Aus: Hennig, André: Kein Mega-Parlament. In:

http://www.mitmischen.de/diskutieren/nachrichten/April_2016/Wahlrecht/index.jsp [16.04.2016]

Welche Folgen wären mit einer weiteren Zunahme der Abgeordnetenzahl im Deutschen Bundestag verbunden?

- a) Deutsche Steuerzahler würden auch eine erhöhte Anzahl von Abgeordneten gerne unterstützen.
- b) Die Arbeit der Abgeordneten würde schwieriger, weniger wirksam und teurer.
- c) Die Arbeit der Abgeordneten würde strukturierter und effizienter.
- d) Mehr Abgeordnete könnten sich in mehr Kommissionen engagieren.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Kein Mega-Parlament

Der Bundestag droht zu platzen: Die mögliche Anzahl der Sitze ist zu groß, das finden alle Fraktionen. Ein Vorschlag von Bundestagspräsident Lammert, der diese Anzahl begrenzen will, stößt dennoch nicht auf Begeisterung.

Es gibt Spitzenplätze, die man nicht unbedingt haben möchte. Deutschland beispielsweise hätte demnächst – nach der kommenden Bundestagswahl – eine gute Chance auf einen zweiten Platz. Noch vor Nordkorea, aber weit abgeschlagen hinter der Volksrepublik China. Nach dem momentan geltenden Wahlrecht nämlich könnte der kommende Bundestag dann bis zu 700 Abgeordnete haben. In Nordkorea sind es ein paar weniger, in China fast 3000. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hat den Fraktionsvorsitzenden am 13. April nun einen Vorschlag dazu gemacht, wie sich die Vergrößerung verhindern ließe.

Was ist das Problem?

Schon als der aktuelle, also 18. Deutsche Bundestag zum ersten Mal zusammentrat, hatte der Bundestagspräsident darauf hingewiesen, dass es mit dem Wahlrecht in Zukunft ein Problem geben könnte. Dieses Wahlrecht war nämlich erst kurz zuvor geändert worden. Ziel war mehr Gerechtigkeit bei den Überhangmandaten. [...] Das Problem ist, dass dadurch theoretisch bei der nächsten Wahl 2017 noch viel mehr Abgeordnete in den Bundestag kommen könnten als momentan. Konkret sieht Lammert dabei folgende Probleme:

- *Sitzen noch mehr Abgeordnete im Bundestag als jetzt, wird der dadurch nicht gerade effektiver.*
 - *Die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten werden schwieriger, denn man kann vor den Bundestagsgebäuden ja keine Zelte aufbauen, in denen die Büros der zusätzlichen Abgeordneten dann Platz finden.*
 - *Die Kosten steigen, der Steuerzahler freut sich nicht darüber.*
 - *Die Wähler wissen im Vorhinein nicht, über wie viele Mandate sie eigentlich entscheiden und überhaupt ist das geltende Wahlrecht ziemlich schwer durchschaubar.*
- [...]*

Aus: Hennig, André: Kein Mega-Parlament. In:

http://www.mitmischen.de/diskutieren/nachrichten/April_2016/Wahlrecht/index.jsp [16.04.2016]

Wodurch ist das geltende deutsche Wahlrecht charakterisiert?

- a) Es ist sehr logisch.
- b) Wenn man sich damit beschäftigt, kann man es leicht verstehen.
- c) Es ist nur schwer zu begreifen.
- d) Deutsche interessieren sich nicht für ihr Wahlrecht.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Reducing early school leaving (ESL): compensation.

Whilst preventing ESL is more efficient than compensating its effects, compensation measures will always be necessary for those young people who have had their education interrupted due to various reasons. Compensation measures aim to reengage people in education and training. This section of the report focuses on second chance schemes as alternative education and training opportunities for young people. It is acknowledged that other approaches exist across Member States, for example, individually tailored programmes that focus on re-integration into mainstream education or on providing practical work experiences in combination with schooling. Second chance schemes focus on a holistic and personalised approach, though provision might differ in its emphasis and orientation. Some second chance schemes provide the opportunity to gain formal upper-secondary qualifications, others focus on preparing young people for VET or employment. Provision can vary in terms of the intensity of support provided to young people. This will depend on the specific needs of the young person. For second chance schemes to be successful, the following aspects should be considered:

- Accessible and relevant second chance schemes: Second chance schemes are located within different institutional frameworks. Second chance schemes should ensure they are easy to reach and accessible to all people interested in continuing their education and training. They should be responsive to the diversity of the youth population and the local labour market. This requires opportunities for flexible study that enable young people to access on-going provision and resources at different points of the day, week, term, or year.
- Recognition: Second chance schemes should be high quality. They should offer an alternative way to re-engage with education and gain qualifications. The recognition and validation of learning gained in second chance schemes is crucial and should provide young people with qualifications that are recognised on the labour market. They should also provide access to other education/training pathways.

Excerpted from Reducing early school leaving: Key messages and policy support Final Report of the Thematic Working Group on Early School Leaving, November 2013.

Compensation measures aim to

- a) give a second chance to trainers
- b) find the effects of ESL
- c) involve dropouts in education again
- d) focus on education systems

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Reducing early school leaving (ESL): compensation.

Whilst preventing ESL is more efficient than compensating its effects, compensation measures will always be necessary for those young people who have had their education interrupted due to various reasons. Compensation measures aim to reengage people in education and training. This section of the report focuses on second chance schemes as alternative education and training opportunities for young people. It is acknowledged that other approaches exist across Member States, for example, individually tailored programmes that focus on re-integration into mainstream education or on providing practical work experiences in combination with schooling. Second chance schemes focus on a holistic and personalised approach, though provision might differ in its emphasis and orientation. Some second chance schemes provide the opportunity to gain formal

upper-secondary qualifications, others focus on preparing young people for VET or employment. Provision can vary in terms of the intensity of support provided to young people. This will depend on the specific needs of the young person. For second chance schemes to be successful, the following aspects should be considered:

-Accessible and relevant second chance schemes: Second chance schemes are located within different institutional frameworks. Second chance schemes should ensure they are easy to reach and accessible to all people interested in continuing their education and training. They should be responsive to the diversity of the youth population and the local labour market. This requires opportunities for flexible study that enable young people to access on-going provision and resources at different points of the day, week, term, or year.

-Recognition: Second chance schemes should be high quality. They should offer an alternative way to re-engage with education and gain qualifications. The recognition and validation of learning gained in second chance schemes is crucial and should provide young people with qualifications that are recognised on the labour market. They should also provide access to other education/training pathways.

Excerpted from Reducing early school leaving: Key messages and policy support Final Report of the Thematic Working Group on Early School Leaving, November 2013.

Second chance schemes are considered as

- a) a way to re-integrate some subjects in the curriculum
- b) the intensity of the support given to the students
- c) alternative opportunities for education and training
- d) providing work for the unemployed

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Reducing early school leaving (ESL): compensation.

Whilst preventing ESL is more efficient than compensating its effects, compensation measures will always be necessary for those young people who have had their education interrupted due to various reasons. Compensation measures aim to reengage people in education and training. This section of the report focuses on second chance schemes as alternative education and training opportunities for young people. It is acknowledged that other approaches exist across Member States, for example, individually tailored programmes that focus on re-integration into mainstream education or on providing practical work experiences in combination with schooling. Second chance schemes focus on a holistic and personalised approach, though provision might differ in its emphasis and orientation. Some second chance schemes provide the opportunity to gain formal upper-secondary qualifications, others focus on preparing young people for VET or employment. Provision can vary in terms of the intensity of support provided to young people. This will depend on the specific needs of the young person. For second chance schemes to be successful, the following aspects should be considered:

-Accessible and relevant second chance schemes: Second chance schemes are located within different institutional frameworks. Second chance schemes should ensure they are easy to reach and accessible to all people interested in continuing their education and training. They should be responsive to the diversity of the youth population and the local labour market. This requires opportunities for flexible study that enable young people to access on-going provision and resources at different points of the day, week, term, or year.

-Recognition: Second chance schemes should be high quality. They should offer an alternative way to re-engage with education and gain qualifications. The recognition and validation of learning gained in second chance schemes is crucial and should provide young people with qualifications that are recognised on the labour market. They should also provide access to other education/training pathways.

Excerpted from Reducing early school leaving: Key messages and policy support Final Report of the Thematic Working Group on Early School Leaving, November 2013.

Second chance schemes focus on

- a) gaining informal education
- b) a tailored approach
- c) intensive support for pupils
- d) a traditional approach

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Reducing early school leaving (ESL): compensation.

Whilst preventing ESL is more efficient than compensating its effects, compensation measures will always be necessary for those young people who have had their education interrupted due to various reasons. Compensation measures aim to reengage people in education and training. This section of the report focuses on second chance schemes as alternative education and training opportunities for young people. It is acknowledged that other approaches exist across Member States, for example, individually tailored programmes that focus on re-integration into mainstream education or on providing practical work experiences in combination with schooling. Second chance schemes focus on a holistic and personalised approach, though provision might differ in its emphasis and orientation. Some second chance schemes provide the opportunity to gain formal upper-secondary qualifications, others focus on preparing young people for VET or employment. Provision can vary in terms of the intensity of support provided to young people. This will depend on the specific needs of the young person. For second chance schemes to be successful, the following aspects should be considered:

-Accessible and relevant second chance schemes: Second chance schemes are located within different institutional frameworks. Second chance schemes should ensure they are easy to reach and accessible to all people interested in continuing their education and training. They should be responsive to the diversity of the youth population and the local labour market. This requires opportunities for flexible study that enable young people to access on-going provision and resources at different points of the day, week, term, or year.

-Recognition: Second chance schemes should be high quality. They should offer an alternative way to re-engage with education and gain qualifications. The recognition and validation of learning gained in second chance schemes is crucial and should provide young people with qualifications that are recognised on the labour market. They should also provide access to other education/training pathways.

Excerpted from Reducing early school leaving: Key messages and policy support Final Report of the Thematic Working Group on Early School Leaving, November 2013.

Flexible study opportunities support

- a) recognition and validation of access to a second chance in education
- b) access to resources at different points of the day, week, term, or year
- c) diversity of the youth population
- d) the local labour market

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Reducing early school leaving (ESL): compensation.

Whilst preventing ESL is more efficient than compensating its effects, compensation measures will always be necessary for those young people who have had their education interrupted due to various reasons. Compensation measures aim to reengage people in education and training. This section of the report focuses on second chance schemes as alternative education and training opportunities for young people. It is acknowledged

that other approaches exist across Member States, for example, individually tailored programmes that focus on re-integration into mainstream education or on providing practical work experiences in combination with schooling. Second chance schemes focus on a holistic and personalised approach, though provision might differ in its emphasis and orientation. Some second chance schemes provide the opportunity to gain formal upper-secondary qualifications, others focus on preparing young people for VET or employment. Provision can vary in terms of the intensity of support provided to young people. This will depend on the specific needs of the young person. For second chance schemes to be successful, the following aspects should be considered:

-Accessible and relevant second chance schemes: Second chance schemes are located within different institutional frameworks. Second chance schemes should ensure they are easy to reach and accessible to all people interested in continuing their education and training. They should be responsive to the diversity of the youth population and the local labour market. This requires opportunities for flexible study that enable young people to access on-going provision and resources at different points of the day, week, term, or year.

-Recognition: Second chance schemes should be high quality. They should offer an alternative way to re-engage with education and gain qualifications. The recognition and validation of learning gained in second chance schemes is crucial and should provide young people with qualifications that are recognised on the labour market. They should also provide access to other education/training pathways.

Excerpted from Reducing early school leaving: Key messages and policy support Final Report of the Thematic Working Group on Early School Leaving, November 2013.

Recognition and validation of education consists in

- a) providing the youth with a diploma
- b) providing youth with qualifications that are recognised on the labour market
- c) providing access to the next class through validation of their previous learning
- d) providing access to the learning process

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

School structure and resources

Some research has studied how the ways in which schools are structured affect the rate of early school leaving. Findings suggest that dropout is generally higher in public than in private schools. There is usually a higher socio-economic status (SES) in private schools, and PISA (Programme of International Student Assessment) data shows that there is a clear advantage in attending schools where students come from more advantaged socio-economic backgrounds. Students attending these schools tend to perform better regardless of their own socio-economic background.

Students that leave private schools typically move to public schools rather than dropping out of the education system, thus affecting the dropout rate. In addition, private schools often have more extensive extra-curricular activities, more clearly articulated and controlled policies on discipline and what Lamb et al. call a more formal system of pastoral care. In fact schools that provide support to students in issues such as relations to other students or teachers have a lower dropout rate than those who do not.

Rumberger and Lim found that mean SES, the proportion of at risk students, the proportion of ethnic or linguistic minorities, and the proportion of students who changed schools or residences, as well as the proportion of students from non-traditional families were correlated to dropout rates.

The location of the school, whether in an urban or suburban area does not seem to have a significant effect. It is often assumed that providing more resources to schools will enable them to achieve a higher success rate. Intuitively, it seems natural to assume that lowering the student-teacher ratio will have a positive effect on completion. However, studies show that there is no correlation between class size and early school leaving in upper secondary, although reducing the size of primary school classes does seem to have a positive effect on the outcome.

Excerpted from "Taking on the Completion Challenge: A Literature Review on Policies to

Students at higher risk of school dropout

- a) attend private schools and extra-curricular activities
- b) come from more advantaged socio-economic backgrounds
- c) are those enrolled in public schools
- d) live in low-income families and disadvantaged neighbourhoods

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

School structure and resources

Some research has studied how the ways in which schools are structured affect the rate of early school leaving. Findings suggest that dropout is generally higher in public than in private schools. There is usually a higher socio-economic status (SES) in private schools, and PISA (Programme of International Student Assessment) data shows that there is a clear advantage in attending schools where students come from more advantaged socio-economic backgrounds. Students attending these schools tend to perform better regardless of their own socio-economic background.

Students that leave private schools typically move to public schools rather than dropping out of the education system, thus affecting the dropout rate. In addition, private schools often have more extensive extra-curricular activities, more clearly articulated and controlled policies on discipline and what Lamb et al. call a more formal system of pastoral care. In fact schools that provide support to students in issues such as relations to other students or teachers have a lower dropout rate than those who do not.

Rumberger and Lim found that mean SES, the proportion of at risk students, the proportion of ethnic or linguistic minorities, and the proportion of students who changed schools or residences, as well as the proportion of students from non-traditional families were correlated to dropout rates.

The location of the school, whether in an urban or suburban area does not seem to have a significant effect. It is often assumed that providing more resources to schools will enable them to achieve a higher success rate. Intuitively, it seems natural to assume that lowering the student-teacher ratio will have a positive effect on completion. However, studies show that there is no correlation between class size and early school leaving in upper secondary, although reducing the size of primary school classes does seem to have a positive effect on the outcome.

Excerpted from "Taking on the Completion Challenge: A Literature Review on Policies to Prevent Dropout and Early School Leaving", OECD Education Working Paper, No. 53, OECD, Paris, 2010

Students attending private schools

- a) typically achieve more and drop out less often
- b) have lower socio-economic status
- c) perform better when their SES is lower
- d) attend only compulsory extra-curricular activities

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

School structure and resources

Some research has studied how the ways in which schools are structured affect the rate of early school leaving. Findings suggest that dropout is generally higher in public than in private schools. There is usually a higher socio-economic status (SES) in private schools, and PISA (Programme of International Student Assessment) data shows that there is a clear advantage in attending schools where students come from more advantaged socio-economic backgrounds. Students attending these schools tend to perform better regardless of their own socio-economic background.

Students that leave private schools typically move to public schools rather than dropping out of the education system, thus affecting the dropout rate. In addition, private schools often have more extensive extra-curricular activities, more clearly articulated and controlled policies on discipline and what Lamb et al. call a more formal system of pastoral care. In fact schools that provide support to students in issues such as relations to other students or teachers have a lower dropout rate than those who do not.

Rumberger and Lim found that mean SES, the proportion of at risk students, the proportion of ethnic or linguistic minorities, and the proportion of students who changed schools or residences, as well as the proportion of students from non-traditional families were correlated to dropout rates.

The location of the school, whether in an urban or suburban area does not seem to have a significant effect. It is often assumed that providing more resources to schools will enable them to achieve a higher success rate. Intuitively, it seems natural to assume that lowering the student-teacher ratio will have a positive effect on completion. However, studies show that there is no correlation between class size and early school leaving in upper secondary, although reducing the size of primary school classes does seem to have a positive effect on the outcome.

Excerpted from "Taking on the Completion Challenge: A Literature Review on Policies to Prevent Dropout and Early School Leaving", OECD Education Working Paper, No. 53, OECD, Paris, 2010

'Pastoral care' means

- a) a religious school-based system, according to Lamb et al.
- b) having more extensive extra-curricular activities
- c) a supportive action to address school-based interpersonal relations
- d) a system to maximize early school leaving rates

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

School structure and resources

Some research has studied how the ways in which schools are structured affect the rate of early school leaving. Findings suggest that dropout is generally higher in public than in private schools. There is usually a higher socio-economic status (SES) in private schools, and PISA (Programme of International Student Assessment) data shows that there is a clear advantage in attending schools where students come from more advantaged socio-economic backgrounds. Students attending these schools tend to perform better regardless of their own socio-economic background.

Students that leave private schools typically move to public schools rather than dropping out of the education system, thus affecting the dropout rate. In addition, private schools often have more extensive extra-curricular activities, more clearly articulated and controlled policies on discipline and what Lamb et al. call a more formal system of pastoral care. In fact schools that provide support to students in issues such as relations to other students or teachers have a lower dropout rate than those who do not.

Rumberger and Lim found that mean SES, the proportion of at risk students, the proportion of ethnic or linguistic minorities, and the proportion of students who changed schools or residences, as well as the proportion of students from non-traditional families were correlated to dropout rates.

The location of the school, whether in an urban or suburban area does not seem to have a significant effect. It is often assumed that providing more resources to schools will enable them to achieve a higher success rate. Intuitively, it seems natural to assume that lowering the student-teacher ratio will have a positive effect on

completion. However, studies show that there is no correlation between class size and early school leaving in upper secondary, although reducing the size of primary school classes does seem to have a positive effect on the outcome.

Excerpted from "Taking on the Completion Challenge: A Literature Review on Policies to Prevent Dropout and Early School Leaving", OECD Education Working Paper, No. 53, OECD, Paris, 2010

According to Rumberger and Lim, dropout rates

- a) correlate with five factors, tendentially excluding school location
- b) correlate only with the proportion of students at risk, the proportion of ethnic or linguistic minorities, and school location
- c) mainly correlate with SES and the proportion of students at risk, coming from non-traditional families
- d) are related to various factors, including the school location

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

School structure and resources

Some research has studied how the ways in which schools are structured affect the rate of early school leaving. Findings suggest that dropout is generally higher in public than in private schools. There is usually a higher socio-economic status (SES) in private schools, and PISA (Programme of International Student Assessment) data shows that there is a clear advantage in attending schools where students come from more advantaged socio-economic backgrounds. Students attending these schools tend to perform better regardless of their own socio-economic background.

Students that leave private schools typically move to public schools rather than dropping out of the education system, thus affecting the dropout rate. In addition, private schools often have more extensive extra-curricular activities, more clearly articulated and controlled policies on discipline and what Lamb et al. call a more formal system of pastoral care. In fact schools that provide support to students in issues such as relations to other students or teachers have a lower dropout rate than those who do not.

Rumberger and Lim found that mean SES, the proportion of at risk students, the proportion of ethnic or linguistic minorities, and the proportion of students who changed schools or residences, as well as the proportion of students from non-traditional families were correlated to dropout rates.

The location of the school, whether in an urban or suburban area does not seem to have a significant effect. It is often assumed that providing more resources to schools will enable them to achieve a higher success rate. Intuitively, it seems natural to assume that lowering the student-teacher ratio will have a positive effect on completion. However, studies show that there is no correlation between class size and early school leaving in upper secondary, although reducing the size of primary school classes does seem to have a positive effect on the outcome.

Excerpted from "Taking on the Completion Challenge: A Literature Review on Policies to Prevent Dropout and Early School Leaving", OECD Education Working Paper, No. 53, OECD, Paris, 2010

Lowering the number of students per class

- a) appears to be a successful strategy when applied to primary schools
- b) only regards class size in public schools, although it seems to have a positive effect
- c) has never minimized dropout among students attending private schools
- d) entails increasing the student-teacher ratio in secondary schools

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Antecedentes y objetivos del estudio Internacional de Civismo y Ciudadanía

El estudio ICCS es el tercer proyecto que realiza la International Evaluation Agency (IEA) para investigar el papel que desempeñan los centros educativos a la hora de preparar a los jóvenes para ser ciudadanos [...].

La IEA introdujo el civismo y la educación cívica en su agenda de investigación en el año 1971 con el Estudio sobre educación cívica al que siguió el estudio CIVED en 1999. Dieciocho países que participaron en CIVED también han participado en ICCS (España no participó en los estudios de educación cívica anteriores a ICCS 2009).

Casi diez años después, el cambio que ha experimentado el mundo ha dado impulso a un nuevo estudio de la educación cívica y ciudadana. Entre otras consideraciones, el creciente impacto de la globalización, las amenazas externas que pesan sobre las sociedades cívicas y sus libertades, y el escaso interés que muestran las jóvenes generaciones por la vida pública y política han llevado a revisar el significado de "ciudadanía", cuáles deben ser las funciones de la educación cívica y ciudadana y cómo debe enfocarse ésta.

En 2006 la Asamblea General de la IEA acordó que era el momento oportuno para abordar estos nuevos aspectos y puso en marcha el estudio ICCS con el fin de disponer de un conocimiento empírico que pudiera servir a los diversos países y organizaciones internacionales para mejorar sus políticas y sus prácticas en relación con el civismo y la ciudadanía.

El ICCS da respuesta al nuevo contexto internacional que propicia un nuevo estudio sobre educación cívica y ciudadana. Tiene como objetivo investigar el grado de civismo y ciudadanía que han adquirido los jóvenes para comprender y asumir los derechos, las libertades y las responsabilidades que corresponden a los ciudadanos y que les permiten ser ciudadanos activos. Para conseguir este propósito se ha investigado tanto el conocimiento y la comprensión de los alumnos sobre civismo y ciudadanía como sus actitudes, valores, percepciones y actuaciones relacionadas con la ciudadanía.

ICCS 2009 (2010). Estudio Internacional de Civismo y Ciudadanía. Informe Español. Ministerio de Educación. http://www.iea.nl/national_reports.html

La IEA

- a) incluyó en su programa el civismo y la educación cívica en 1971.
- b) incluyó en su programa el civismo y la educación cívica en 1999.
- c) incluyó en su programa el civismo y la educación cívica en 2006.
- d) incluyó en su programa el civismo y la educación cívica después del 2009.

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Antecedentes y objetivos del estudio Internacional de Civismo y Ciudadanía

El estudio ICCS es el tercer proyecto que realiza la International Evaluation Agency (IEA) para investigar el papel que desempeñan los centros educativos a la hora de preparar a los jóvenes para ser ciudadanos [...].

La IEA introdujo el civismo y la educación cívica en su agenda de investigación en el año 1971 con el Estudio sobre educación cívica al que siguió el estudio CIVED en 1999. Dieciocho países que participaron en CIVED también han participado en ICCS (España no participó en los estudios de educación cívica anteriores a ICCS 2009).

Casi diez años después, el cambio que ha experimentado el mundo ha dado impulso a un nuevo estudio de la

educación cívica y ciudadana. Entre otras consideraciones, el creciente impacto de la globalización, las amenazas externas que pesan sobre las sociedades cívicas y sus libertades, y el escaso interés que muestran las jóvenes generaciones por la vida pública y política han llevado a revisar el significado de "ciudadanía", cuáles deben ser las funciones de la educación cívica y ciudadana y cómo debe enfocarse ésta.

En 2006 la Asamblea General de la IEA acordó que era el momento oportuno para abordar estos nuevos aspectos y puso en marcha el estudio ICCS con el fin de disponer de un conocimiento empírico que pudiera servir a los diversos países y organizaciones internacionales para mejorar sus políticas y sus prácticas en relación con el civismo y la ciudadanía.

El ICCS da respuesta al nuevo contexto internacional que propicia un nuevo estudio sobre educación cívica y ciudadana. Tiene como objetivo investigar el grado de civismo y ciudadanía que han adquirido los jóvenes para comprender y asumir los derechos, las libertades y las responsabilidades que corresponden a los ciudadanos y que les permiten ser ciudadanos activos. Para conseguir este propósito se ha investigado tanto el conocimiento y la comprensión de los alumnos sobre civismo y ciudadanía como sus actitudes, valores, percepciones y actuaciones relacionadas con la ciudadanía.

ICCS 2009 (2010). Estudio Internacional de Civismo y Ciudadanía. Informe Español.

Ministerio de Educación.

http://www.iea.nl/national_reports.html

¿Cuándo participó España en los estudios de educación cívica?

- a) Hasta 1999.
- b) Nunca ha participado.
- c) A partir de 1999.
- d) En la actualidad no participa.

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Antecedentes y objetivos del estudio Internacional de Civismo y Ciudadanía

El estudio ICCS es el tercer proyecto que realiza la International Evaluation Agency (IEA) para investigar el papel que desempeñan los centros educativos a la hora de preparar a los jóvenes para ser ciudadanos [...].

La IEA introdujo el civismo y la educación cívica en su agenda de investigación en el año 1971 con el Estudio sobre educación cívica al que siguió el estudio CIVED en 1999. Dieciocho países que participaron en CIVED también han participado en ICCS (España no participó en los estudios de educación cívica anteriores a ICCS 2009).

Casi diez años después, el cambio que ha experimentado el mundo ha dado impulso a un nuevo estudio de la educación cívica y ciudadana. Entre otras consideraciones, el creciente impacto de la globalización, las amenazas externas que pesan sobre las sociedades cívicas y sus libertades, y el escaso interés que muestran las jóvenes generaciones por la vida pública y política han llevado a revisar el significado de "ciudadanía", cuáles deben ser las funciones de la educación cívica y ciudadana y cómo debe enfocarse ésta.

En 2006 la Asamblea General de la IEA acordó que era el momento oportuno para abordar estos nuevos aspectos y puso en marcha el estudio ICCS con el fin de disponer de un conocimiento empírico que pudiera servir a los diversos países y organizaciones internacionales para mejorar sus políticas y sus prácticas en relación con el civismo y la ciudadanía.

El ICCS da respuesta al nuevo contexto internacional que propicia un nuevo estudio sobre educación cívica y ciudadana. Tiene como objetivo investigar el grado de civismo y ciudadanía que han adquirido los jóvenes para comprender y asumir los derechos, las libertades y las responsabilidades que corresponden a los ciudadanos y que les permiten ser ciudadanos activos. Para conseguir este propósito se ha investigado tanto el conocimiento y la comprensión de los alumnos sobre civismo y ciudadanía como sus actitudes, valores, percepciones y actuaciones relacionadas con la ciudadanía.

En la actualidad, los jóvenes

- a) manifiestan un interés muy limitado por la vida pública y política.
- b) consideran que la globalización no existe.
- c) participan de las luchas políticas.
- d) se apuntan al sindicato.

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Antecedentes y objetivos del estudio Internacional de Civismo y Ciudadanía

El estudio ICCS es el tercer proyecto que realiza la International Evaluation Agency (IEA) para investigar el papel que desempeñan los centros educativos a la hora de preparar a los jóvenes para ser ciudadanos [...].

La IEA introdujo el civismo y la educación cívica en su agenda de investigación en el año 1971 con el Estudio sobre educación cívica al que siguió el estudio CIVED en 1999. Dieciocho países que participaron en CIVED también han participado en ICCS (España no participó en los estudios de educación cívica anteriores a ICCS 2009).

Casi diez años después, el cambio que ha experimentado el mundo ha dado impulso a un nuevo estudio de la educación cívica y ciudadana. Entre otras consideraciones, el creciente impacto de la globalización, las amenazas externas que pesan sobre las sociedades cívicas y sus libertades, y el escaso interés que muestran las jóvenes generaciones por la vida pública y política han llevado a revisar el significado de "ciudadanía", cuáles deben ser las funciones de la educación cívica y ciudadana y cómo debe enfocarse ésta.

En 2006 la Asamblea General de la IEA acordó que era el momento oportuno para abordar estos nuevos aspectos y puso en marcha el estudio ICCS con el fin de disponer de un conocimiento empírico que pudiera servir a los diversos países y organizaciones internacionales para mejorar sus políticas y sus prácticas en relación con el civismo y la ciudadanía.

El ICCS da respuesta al nuevo contexto internacional que propicia un nuevo estudio sobre educación cívica y ciudadana. Tiene como objetivo investigar el grado de civismo y ciudadanía que han adquirido los jóvenes para comprender y asumir los derechos, las libertades y las responsabilidades que corresponden a los ciudadanos y que les permiten ser ciudadanos activos. Para conseguir este propósito se ha investigado tanto el conocimiento y la comprensión de los alumnos sobre civismo y ciudadanía como sus actitudes, valores, percepciones y actuaciones relacionadas con la ciudadanía.

La IEA, en 2006,

- a) consideró que los jóvenes no reciben amenazas externas
- b) consideró que el mundo no había cambiado.
- c) consideró que la globalización no incide en la visión del mundo.
- d) consideró que era pertinente revisar el concepto de educación para la ciudadanía

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la

siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Antecedentes y objetivos del estudio Internacional de Civismo y Ciudadanía

El estudio ICCS es el tercer proyecto que realiza la International Evaluation Agency (IEA) para investigar el papel que desempeñan los centros educativos a la hora de preparar a los jóvenes para ser ciudadanos [...].

La IEA introdujo el civismo y la educación cívica en su agenda de investigación en el año 1971 con el Estudio sobre educación cívica al que siguió el estudio CIVED en 1999. Dieciocho países que participaron en CIVED también han participado en ICCS (España no participó en los estudios de educación cívica anteriores a ICCS 2009).

Casi diez años después, el cambio que ha experimentado el mundo ha dado impulso a un nuevo estudio de la educación cívica y ciudadana. Entre otras consideraciones, el creciente impacto de la globalización, las amenazas externas que pesan sobre las sociedades cívicas y sus libertades, y el escaso interés que muestran las jóvenes generaciones por la vida pública y política han llevado a revisar el significado de "ciudadanía", cuáles deben ser las funciones de la educación cívica y ciudadana y cómo debe enfocarse ésta.

En 2006 la Asamblea General de la IEA acordó que era el momento oportuno para abordar estos nuevos aspectos y puso en marcha el estudio ICCS con el fin de disponer de un conocimiento empírico que pudiera servir a los diversos países y organizaciones internacionales para mejorar sus políticas y sus prácticas en relación con el civismo y la ciudadanía.

El ICCS da respuesta al nuevo contexto internacional que propicia un nuevo estudio sobre educación cívica y ciudadana. Tiene como objetivo investigar el grado de civismo y ciudadanía que han adquirido los jóvenes para comprender y asumir los derechos, las libertades y las responsabilidades que corresponden a los ciudadanos y que les permiten ser ciudadanos activos. Para conseguir este propósito se ha investigado tanto el conocimiento y la comprensión de los alumnos sobre civismo y ciudadanía como sus actitudes, valores, percepciones y actuaciones relacionadas con la ciudadanía.

ICCS 2009 (2010). Estudio Internacional de Civismo y Ciudadanía. Informe Español.

Ministerio de Educación.

http://www.iea.nl/national_reports.html

El ICCS propicia un nuevo estudio sobre educación cívica y ciudadana y...

- a) no necesariamente los jóvenes deben ser activos.
- b) el objetivo es averiguar qué conciencia ciudadana y respeto tienen los jóvenes.
- c) No les interesa saber qué grado de ciudadanía tienen los jóvenes.
- d) no es necesario saber si los jóvenes han asumidos sus derechos y sus deberes.

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

El precio de la ciudadanía española y europea

La obtención de la nacionalidad en un Estado miembro de la UE concede derechos muy sustanciales en el conjunto de la UE, a pesar de lo cual no existe hasta ahora un intento de homogeneizar las normativas nacionales que regulan ese acceso a la nacionalidad. Así, por vías muy diferentes y con requisitos muy diversos, se logra la ciudadanía europea, a veces rápidamente, como en el caso de los inmigrantes latinoamericanos en España, y a veces muy lentamente, como ocurre en Austria o en la propia España con los inmigrantes de otros orígenes.

Las normas de acceso a la nacionalidad en los diferentes países suelen resultar de alguna combinación del "derecho de sangre" (ius sanguinis) y el "derecho del suelo" (ius solis). El primero hace referencia a la filiación del individuo, a sus padres y antepasados (por ejemplo, es alemán el descendiente de alemanes) y el segundo a la adquisición de la nacionalidad por la vía de la residencia: se llega a ser alemán, al margen del origen familiar, previa solicitud, tras ocho años de estancia en el país. En España prima el ius sanguinis (son españoles todos

los hijos de españoles), aunque matizado por numerosas provisiones sobre el acceso a la nacionalidad por la vía de la residencia, el matrimonio, o el nacimiento en suelo español.

Pero la vía de acceso a la ciudadanía más utilizada es la de la residencia. En este terreno las normas españolas exigen, con carácter general, una estancia legal de 10 años para poder solicitar la nacionalidad, período que se rebaja a dos años en el caso de los nacionales de todo Iberoamérica, Portugal, Andorra, Filipinas, Guinea Ecuatorial y de los sefardíes. Los refugiados, un grupo muy reducido en España, pueden solicitar la nacionalidad tras un periodo de cinco años de residencia.

Adaptado de Carmen González Enríquez de <http://www.realinstitutoelcano.org>

¿En España es más fácil que en otros países UE acceder a la nacionalidad?

- a) Sí, verdadero en el caso de los inmigrantes de otros orígenes, menos con los latinoamericanos
- b) No, solo en el caso de ciudadanos de otros países de la UE
- c) Sí, verdadero en el caso de los latinoamericanos, menos con los inmigrantes de otros orígenes
- d) No, para todos los inmigrados

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

El precio de la ciudadanía española y europea

La obtención de la nacionalidad en un Estado miembro de la UE concede derechos muy sustanciales en el conjunto de la UE, a pesar de lo cual no existe hasta ahora un intento de homogeneizar las normativas nacionales que regulan ese acceso a la nacionalidad. Así, por vías muy diferentes y con requisitos muy diversos, se logra la ciudadanía europea, a veces rápidamente, como en el caso de los inmigrantes latinoamericanos en España, y a veces muy lentamente, como ocurre en Austria o en la propia España con los inmigrantes de otros orígenes.

Las normas de acceso a la nacionalidad en los diferentes países suelen resultar de alguna combinación del "derecho de sangre" (ius sanguinis) y el "derecho del suelo" (ius solis). El primero hace referencia a la filiación del individuo, a sus padres y antepasados (por ejemplo, es alemán el descendiente de alemanes) y el segundo a la adquisición de la nacionalidad por la vía de la residencia: se llega a ser alemán, al margen del origen familiar, previa solicitud, tras ocho años de estancia en el país. En España prima el ius sanguinis (son españoles todos los hijos de españoles), aunque matizado por numerosas provisiones sobre el acceso a la nacionalidad por la vía de la residencia, el matrimonio, o el nacimiento en suelo español.

Pero la vía de acceso a la ciudadanía más utilizada es la de la residencia. En este terreno las normas españolas exigen, con carácter general, una estancia legal de 10 años para poder solicitar la nacionalidad, período que se rebaja a dos años en el caso de los nacionales de todo Iberoamérica, Portugal, Andorra, Filipinas, Guinea Ecuatorial y de los sefardíes. Los refugiados, un grupo muy reducido en España, pueden solicitar la nacionalidad tras un periodo de cinco años de residencia.

Adaptado de Carmen González Enríquez de <http://www.realinstitutoelcano.org>

¿Cuál es el principio general que determina el ius sanguinis?

- a) Concede la nacionalidad a todos los que puedan probar ser de ascendencia alemana aunque sus antepasados llevasen siglos sin pisar los territorios de la actual Alemania
- b) Concede la nacionalidad a todos los que no puedan probar ser de ascendencia europea
- c) Concede la nacionalidad a todos los que puedan probar ser de ascendencia del país aunque sus antepasados llevasen siglos sin pisar aquellos territorios
- d) Concede la nacionalidad también a los que no puedan probar ser de ascendencia del país

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

El precio de la ciudadanía española y europea

La obtención de la nacionalidad en un Estado miembro de la UE concede derechos muy sustanciales en el conjunto de la UE, a pesar de lo cual no existe hasta ahora un intento de homogeneizar las normativas nacionales que regulan ese acceso a la nacionalidad. Así, por vías muy diferentes y con requisitos muy diversos, se logra la ciudadanía europea, a veces rápidamente, como en el caso de los inmigrantes latinoamericanos en España, y a veces muy lentamente, como ocurre en Austria o en la propia España con los inmigrantes de otros orígenes.

Las normas de acceso a la nacionalidad en los diferentes países suelen resultar de alguna combinación del "derecho de sangre" (ius sanguinis) y el "derecho del suelo" (ius solis). El primero hace referencia a la filiación del individuo, a sus padres y antepasados (por ejemplo, es alemán el descendiente de alemanes) y el segundo a la adquisición de la nacionalidad por la vía de la residencia: se llega a ser alemán, al margen del origen familiar, previa solicitud, tras ocho años de estancia en el país. En España prima el ius sanguinis (son españoles todos los hijos de españoles), aunque matizado por numerosas provisiones sobre el acceso a la nacionalidad por la vía de la residencia, el matrimonio, o el nacimiento en suelo español.

Pero la vía de acceso a la ciudadanía más utilizada es la de la residencia. En este terreno las normas españolas exigen, con carácter general, una estancia legal de 10 años para poder solicitar la nacionalidad, período que se rebaja a dos años en el caso de los nacionales de todo Iberoamérica, Portugal, Andorra, Filipinas, Guinea Ecuatorial y de los sefardíes. Los refugiados, un grupo muy reducido en España, pueden solicitar la nacionalidad tras un periodo de cinco años de residencia.

Adaptado de Carmen González Enríquez de <http://www.realinstitutoelcano.org>

En España el ius sanguinis (son españoles todos los hijos de españoles), es matizado

- a) por numerosos problemas sobre el acceso a la nacionalidad por la vía de la residencia, el matrimonio, o el nacimiento en suelo español.
- b) por numerosas normas sobre el acceso a la nacionalidad por la vía de la residencia, el matrimonio, o el nacimiento en suelo español.
- c) por numerosas provisiones sobre el acceso a la nacionalidad por la vía de la residencia, el matrimonio, o el nacimiento en suelo español.
- d) por numerosas costumbres sobre el acceso a la nacionalidad por la vía de la residencia, el matrimonio, o el nacimiento en suelo español.

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

El precio de la ciudadanía española y europea

La obtención de la nacionalidad en un Estado miembro de la UE concede derechos muy sustanciales en el conjunto de la UE, a pesar de lo cual no existe hasta ahora un intento de homogeneizar las normativas nacionales que regulan ese acceso a la nacionalidad. Así, por vías muy diferentes y con requisitos muy diversos, se logra la ciudadanía europea, a veces rápidamente, como en el caso de los inmigrantes latinoamericanos en España, y a veces muy lentamente, como ocurre en Austria o en la propia España con los inmigrantes de otros orígenes.

Las normas de acceso a la nacionalidad en los diferentes países suelen resultar de alguna combinación del "derecho de sangre" (ius sanguinis) y el "derecho del suelo" (ius solis). El primero hace referencia a la filiación del individuo, a sus padres y antepasados (por ejemplo, es alemán el descendiente de alemanes) y el segundo a la adquisición de la nacionalidad por la vía de la residencia: se llega a ser alemán, al margen del origen familiar,

previa solicitud, tras ocho años de estancia en el país. En España prima el ius sanguinis (son españoles todos los hijos de españoles), aunque matizado por numerosas provisiones sobre el acceso a la nacionalidad por la vía de la residencia, el matrimonio, o el nacimiento en suelo español.

Pero la vía de acceso a la ciudadanía más utilizada es la de la residencia. En este terreno las normas españolas exigen, con carácter general, una estancia legal de 10 años para poder solicitar la nacionalidad, período que se rebaja a dos años en el caso de los nacionales de todo Iberoamérica, Portugal, Andorra, Filipinas, Guinea Ecuatorial y de los sefardíes. Los refugiados, un grupo muy reducido en España, pueden solicitar la nacionalidad tras un periodo de cinco años de residencia.

La adquisición de la nacionalidad española por la vía de la ius solis se puede solicitar en vía general

- a) con una estancia legal de dos años
- b) con una estancia legal de diez años
- c) con una estancia legal de cinco años
- d) con una estancia legal de veinte años

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

El precio de la ciudadanía española y europea

La obtención de la nacionalidad en un Estado miembro de la UE concede derechos muy sustanciales en el conjunto de la UE, a pesar de lo cual no existe hasta ahora un intento de homogeneizar las normativas nacionales que regulan ese acceso a la nacionalidad. Así, por vías muy diferentes y con requisitos muy diversos, se logra la ciudadanía europea, a veces rápidamente, como en el caso de los inmigrantes latinoamericanos en España, y a veces muy lentamente, como ocurre en Austria o en la propia España con los inmigrantes de otros orígenes.

Las normas de acceso a la nacionalidad en los diferentes países suelen resultar de alguna combinación del "derecho de sangre" (ius sanguinis) y el "derecho del suelo" (ius solis). El primero hace referencia a la filiación del individuo, a sus padres y antepasados (por ejemplo, es alemán el descendiente de alemanes) y el segundo a la adquisición de la nacionalidad por la vía de la residencia: se llega a ser alemán, al margen del origen familiar, previa solicitud, tras ocho años de estancia en el país. En España prima el ius sanguinis (son españoles todos los hijos de españoles), aunque matizado por numerosas provisiones sobre el acceso a la nacionalidad por la vía de la residencia, el matrimonio, o el nacimiento en suelo español.

Pero la vía de acceso a la ciudadanía más utilizada es la de la residencia. En este terreno las normas españolas exigen, con carácter general, una estancia legal de 10 años para poder solicitar la nacionalidad, período que se rebaja a dos años en el caso de los nacionales de todo Iberoamérica, Portugal, Andorra, Filipinas, Guinea Ecuatorial y de los sefardíes. Los refugiados, un grupo muy reducido en España, pueden solicitar la nacionalidad tras un periodo de cinco años de residencia.

Para lo inmigrados latinoamericanos

- a) es más fácil obtener la nacionalidad que los filipinos
- b) es más fácil obtener la nacionalidad que los refugiados
- c) es más fácil obtener la nacionalidad que los sefardíes
- d) es más fácil obtener la nacionalidad que los italianos

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Ne confondons pas les notions de civilité et de citoyenneté, même si elles entretiennent des liens, la première étant une condition nécessaire de la seconde. Et n'hésitons pas à nuancer la « crise de la citoyenneté », qui apparaît bien ambiguë. Certains, au vu de l'abstentionisme ou de l'extrémisme, ainsi que des « incivilités », diagnostiquent une crise du civisme marquée par un manque d'attachement des citoyens à leurs devoirs civiques et aux valeurs démocratiques.

Or, il faudrait plutôt y voir une crise de la représentation, une défiance des citoyens dans le personnel politique qui les conduit à adapter en conséquence leurs comportements : soit ils se replient sur leurs intérêts particuliers, soit ils contestent le système à travers des votes protestataires, voire extrémistes, ou des flambées de violence dans les banlieues « qui ont la rage ».

D'ailleurs, pour les associations à vocation citoyenne, comme la Ligue des droits de l'homme, cette crise de la citoyenneté est bien plutôt une carence des autorités politiques dans leur capacité à reconnaître et à garantir aux citoyens tous leurs droits, ce qui altère leur sentiment d'intégration dans la société. Cette dénonciation réaffirme l'attachement de ces militants à la citoyenneté, que l'on retrouve aussi chez les jeunes : les étudiants montrent souvent un vif intérêt pour l'étude des droits de l'homme et du citoyen.

Bref, la citoyenneté comme revendication se porte bien ! Heureusement, car elle demeure un principe de régulation sociétale incontournable dans nos sociétés contemporaines toujours plus marchandes (génératrices d'inégalités centrifuges), multiculturelles et différentialistes (source de fragmentation sociale).

Il est donc crucial de favoriser l'apprentissage de la citoyenneté. L'Ecole est un lieu privilégié pour cette mission, même si elle doit, pour répondre à ces deux exigences - civilité et citoyenneté -, adapter en partie son modèle traditionnel d'organisation en se transformant elle-même en « petite cité démocratique ».

Adapté de: A. Chanel, " Citoyenneté et civilité aujourd'hui : quelques éclaircissements "
www.citoyennete-et-civilite-aujourd-hui-20130410

Selon l'auteur, la « crise de la citoyenneté » est :

- a) inévitable.
- b) une crise de l'école.
- c) une notion incertaine.
- d) une revendication.

Quesito 7 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Ne confondons pas les notions de civilité et de citoyenneté, même si elles entretiennent des liens, la première étant une condition nécessaire de la seconde. Et n'hésitons pas à nuancer la « crise de la citoyenneté », qui apparaît bien ambiguë. Certains, au vu de l'abstentionisme ou de l'extrémisme, ainsi que des « incivilités », diagnostiquent une crise du civisme marquée par un manque d'attachement des citoyens à leurs devoirs civiques et aux valeurs démocratiques.

Or, il faudrait plutôt y voir une crise de la représentation, une défiance des citoyens dans le personnel politique qui les conduit à adapter en conséquence leurs comportements : soit ils se replient sur leurs intérêts particuliers, soit ils contestent le système à travers des votes protestataires, voire extrémistes, ou des flambées de violence dans les banlieues « qui ont la rage ».

D'ailleurs, pour les associations à vocation citoyenne, comme la Ligue des droits de l'homme, cette crise de la citoyenneté est bien plutôt une carence des autorités politiques dans leur capacité à reconnaître et à garantir aux citoyens tous leurs droits, ce qui altère leur sentiment d'intégration dans la société. Cette dénonciation réaffirme l'attachement de ces militants à la citoyenneté, que l'on retrouve aussi chez les jeunes : les étudiants montrent souvent un vif intérêt pour l'étude des droits de l'homme et du citoyen.

Bref, la citoyenneté comme revendication se porte bien ! Heureusement, car elle demeure un principe de régulation sociétale incontournable dans nos sociétés contemporaines toujours plus marchandes (génératrices d'inégalités centrifuges), multiculturelles et différentialistes (source de fragmentation sociale).

Il est donc crucial de favoriser l'apprentissage de la citoyenneté. L'Ecole est un lieu privilégié pour cette mission,

même si elle doit, pour répondre à ces deux exigences - civilité et citoyenneté -, adapter en partie son modèle traditionnel d'organisation en se transformant elle-même en « petite cité démocratique ».

Adapté de: A. Chanel, " Citoyenneté et civilité aujourd'hui : quelques éclaircissements "
www.citoyennete-et-civilite-aujourd-hui-20130410

Le texte nous dit que la « crise de la citoyenneté » est due au fait que les citoyens :

- a) exercent leur droit de protester.
- b) ne tiennent pas aux valeurs de la démocratie.
- c) ne se sentent pas représentés par les politiciens.
- d) préfèrent s'abstenir.

Quesito 7 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Ne confondons pas les notions de civilité et de citoyenneté, même si elles entretiennent des liens, la première étant une condition nécessaire de la seconde. Et n'hésitons pas à nuancer la « crise de la citoyenneté », qui apparaît bien ambiguë. Certains, au vu de l'abstentionisme ou de l'extrémisme, ainsi que des « incivilités », diagnostiquent une crise du civisme marquée par un manque d'attachement des citoyens à leurs devoirs civiques et aux valeurs démocratiques.

Or, il faudrait plutôt y voir une crise de la représentation, une défiance des citoyens dans le personnel politique qui les conduit à adapter en conséquence leurs comportements : soit ils se replient sur leurs intérêts particuliers, soit ils contestent le système à travers des votes protestataires, voire extrémistes, ou des flambées de violence dans les banlieues « qui ont la rage ».

D'ailleurs, pour les associations à vocation citoyenne, comme la Ligue des droits de l'homme, cette crise de la citoyenneté est bien plutôt une carence des autorités politiques dans leur capacité à reconnaître et à garantir aux citoyens tous leurs droits, ce qui altère leur sentiment d'intégration dans la société. Cette dénonciation réaffirme l'attachement de ces militants à la citoyenneté, que l'on retrouve aussi chez les jeunes : les étudiants montrent souvent un vif intérêt pour l'étude des droits de l'homme et du citoyen.

Bref, la citoyenneté comme revendication se porte bien ! Heureusement, car elle demeure un principe de régulation sociétale incontournable dans nos sociétés contemporaines toujours plus marchandes (génératrices d'inégalités centrifuges), multiculturelles et différentialistes (source de fragmentation sociale).

Il est donc crucial de favoriser l'apprentissage de la citoyenneté. L'Ecole est un lieu privilégié pour cette mission, même si elle doit, pour répondre à ces deux exigences - civilité et citoyenneté -, adapter en partie son modèle traditionnel d'organisation en se transformant elle-même en « petite cité démocratique ».

Adapté de: A. Chanel, " Citoyenneté et civilité aujourd'hui : quelques éclaircissements "
www.citoyennete-et-civilite-aujourd-hui-20130410

Selon la Ligue des droits de l'homme, la crise de la citoyenneté est due à :

- a) la difficulté des jeunes à s'intégrer dans la société.
- b) la difficulté des représentants politiques à garantir les droits des citoyens.
- c) la colère des banlieues.
- d) la crise économique et politique.

Quesito 7 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Ne confondons pas les notions de civilité et de citoyenneté, même si elles entretiennent des liens, la première

étant une condition nécessaire de la seconde. Et n'hésitons pas à nuancer la « crise de la citoyenneté », qui apparaît bien ambiguë. Certains, au vu de l'abstentionisme ou de l'extrémisme, ainsi que des « incivilités », diagnostiquent une crise du civisme marquée par un manque d'attachement des citoyens à leurs devoirs civiques et aux valeurs démocratiques.

Or, il faudrait plutôt y voir une crise de la représentation, une défiance des citoyens dans le personnel politique qui les conduit à adapter en conséquence leurs comportements : soit ils se replient sur leurs intérêts particuliers, soit ils contestent le système à travers des votes protestataires, voire extrémistes, ou des flambées de violence dans les banlieues « qui ont la rage ».

D'ailleurs, pour les associations à vocation citoyenne, comme la Ligue des droits de l'homme, cette crise de la citoyenneté est bien plutôt une carence des autorités politiques dans leur capacité à reconnaître et à garantir aux citoyens tous leurs droits, ce qui altère leur sentiment d'intégration dans la société. Cette dénonciation réaffirme l'attachement de ces militants à la citoyenneté, que l'on retrouve aussi chez les jeunes : les étudiants montrent souvent un vif intérêt pour l'étude des droits de l'homme et du citoyen.

Bref, la citoyenneté comme revendication se porte bien ! Heureusement, car elle demeure un principe de régulation sociétale incontournable dans nos sociétés contemporaines toujours plus marchandes (génératrices d'inégalités centrifuges), multiculturelles et différentialistes (source de fragmentation sociale).

Il est donc crucial de favoriser l'apprentissage de la citoyenneté. L'Ecole est un lieu privilégié pour cette mission, même si elle doit, pour répondre à ces deux exigences - civilité et citoyenneté -, adapter en partie son modèle traditionnel d'organisation en se transformant elle-même en « petite cité démocratique ».

Adapté de: A. Chanel, " Citoyenneté et civilité aujourd'hui : quelques éclaircissements "
www.citoyennete-et-civilite-aujourd-hui-20130410

Selon l'auteur, l'apprentissage de la citoyenneté est essentiel car :

- a) il permet de ne pas confondre la citoyenneté avec la civilité.
- b) il conteste les sociétés contemporaines.
- c) il contribue à faire respecter les règles du « vivre ensemble » dans nos sociétés.
- d) il est incontournable dans nos sociétés démocratiques.

Quesito 7 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Ne confondons pas les notions de civilité et de citoyenneté, même si elles entretiennent des liens, la première étant une condition nécessaire de la seconde. Et n'hésitons pas à nuancer la « crise de la citoyenneté », qui apparaît bien ambiguë. Certains, au vu de l'abstentionisme ou de l'extrémisme, ainsi que des « incivilités », diagnostiquent une crise du civisme marquée par un manque d'attachement des citoyens à leurs devoirs civiques et aux valeurs démocratiques.

Or, il faudrait plutôt y voir une crise de la représentation, une défiance des citoyens dans le personnel politique qui les conduit à adapter en conséquence leurs comportements : soit ils se replient sur leurs intérêts particuliers, soit ils contestent le système à travers des votes protestataires, voire extrémistes, ou des flambées de violence dans les banlieues « qui ont la rage ».

D'ailleurs, pour les associations à vocation citoyenne, comme la Ligue des droits de l'homme, cette crise de la citoyenneté est bien plutôt une carence des autorités politiques dans leur capacité à reconnaître et à garantir aux citoyens tous leurs droits, ce qui altère leur sentiment d'intégration dans la société. Cette dénonciation réaffirme l'attachement de ces militants à la citoyenneté, que l'on retrouve aussi chez les jeunes : les étudiants montrent souvent un vif intérêt pour l'étude des droits de l'homme et du citoyen.

Bref, la citoyenneté comme revendication se porte bien ! Heureusement, car elle demeure un principe de régulation sociétale incontournable dans nos sociétés contemporaines toujours plus marchandes (génératrices d'inégalités centrifuges), multiculturelles et différentialistes (source de fragmentation sociale).

Il est donc crucial de favoriser l'apprentissage de la citoyenneté. L'Ecole est un lieu privilégié pour cette mission, même si elle doit, pour répondre à ces deux exigences - civilité et citoyenneté -, adapter en partie son modèle traditionnel d'organisation en se transformant elle-même en « petite cité démocratique ».

Selon l'auteur, pour transmettre les valeurs de la citoyenneté, l'école devrait :

- a) adopter une structure et des règles démocratiques.
- b) contrer les comportements protestataires.
- c) lutter contre les sociétés marchandes.
- d) éviter les extrémismes et les incivilités.

Quesito 8 Domanda A - Lisez le texte attentivement et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Depuis douze ans, l'équipe du lycée Théodore Monod de Noisy-le-Sec transmet les valeurs républicaines à ses élèves en les traduisant dans des projets concrets, souvent en lien avec l'étranger.

Tout commence au lendemain des attentats du 11 septembre 2001 à New York. Samia entend certains de ses élèves se réjouir des attaques, convaincus notamment qu'elles ont tué de nombreux juifs. Entre stupéfaction et colère, la professeur d'anglais de ce lycée professionnel, engage la conversation, argumente, cherche à convaincre. Mais elle sent très vite qu'un travail en profondeur sur les valeurs s'impose. Avec plusieurs de ses collègues, elle se démène pour trouver des fonds et monter des projets éducatifs et citoyens, souvent assortis de voyages ambitieux.

Car, dit-elle, « les élèves restent trop souvent confinés dans l'univers étroit de leur quartier et il importe, pour faire évoluer leurs points de vue, de délocaliser régulièrement la classe ». La première destination, hautement symbolique, est le camp d'Auschwitz.

Les élèves s'envolent pour Washington et le Mémorial de l'Holocauste, ils partent pour le Maroc, apporter du matériel de puériculture à de jeunes mères rejetées par leurs familles pour avoir conçu un enfant en dehors des liens du mariage...

L'un des moments les plus intenses, émotionnellement, de ces douze années de projets est incontestablement la cérémonie de naturalisation à laquelle les élèves de Noisy-le-Sec ont pu assister, l'an dernier, à New York. « Il y avait là 440 personnes, de toutes origines, de toutes confessions, qui d'un instant à l'autre, allaient devenir américaines, raconte Samia. Le juge leur disait que les États-Unis avaient besoin d'eux, de leur culture, de leur langue, de leur contribution au développement du pays. Puis tous, main sur le cœur, se sont mis à entonner l'hymne américain. Mes élèves étaient subjugués. Beaucoup m'ont immédiatement demandé si on pouvait, de retour en France, aller en préfecture assister à une cérémonie de naturalisation », se souvient l'enseignante.

Adapté de Denis Peiron, La Croix.fr, 21/01/2015

Quel est le sujet de l'article?

- a) Comment un groupe de profs enseigne l'histoire et la géographie.
- b) Comment un lycée a tenté de résoudre concrètement l'enseignement de la citoyenneté.
- c) Comment un lycée a organisé des voyages scolaires.
- d) Comment un groupe d'enseignants a essayé d'impliquer les adolescents dans la connaissance des autres peuples et cultures.

Quesito 8 Domanda B - Lisez le texte attentivement et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Depuis douze ans, l'équipe du lycée Théodore Monod de Noisy-le-Sec transmet les valeurs républicaines à ses élèves en les traduisant dans des projets concrets, souvent en lien avec l'étranger.

Tout commence au lendemain des attentats du 11 septembre 2001 à New York. Samia entend certains de ses

élèves se réjouir des attaques, convaincus notamment qu'elles ont tué de nombreux juifs. Entre stupéfaction et colère, la professeur d'anglais de ce lycée professionnel, engage la conversation, argumente, cherche à convaincre. Mais elle sent très vite qu'un travail en profondeur sur les valeurs s'impose. Avec plusieurs de ses collègues, elle se démène pour trouver des fonds et monter des projets éducatifs et citoyens, souvent assortis de voyages ambitieux.

Car, dit-elle, « les élèves restent trop souvent confinés dans l'univers étroit de leur quartier et il importe, pour faire évoluer leurs points de vue, de délocaliser régulièrement la classe ». La première destination, hautement symbolique, est le camp d'Auschwitz.

Les élèves s'envolent pour Washington et le Mémorial de l'Holocauste, ils partent pour le Maroc, apporter du matériel de puériculture à de jeunes mères rejetées par leurs familles pour avoir conçu un enfant en dehors des liens du mariage...

L'un des moments les plus intenses, émotionnellement, de ces douze années de projets est incontestablement la cérémonie de naturalisation à laquelle les élèves de Noisy-le-Sec ont pu assister, l'an dernier, à New York. « Il y avait là 440 personnes, de toutes origines, de toutes confessions, qui d'un instant à l'autre, allaient devenir américaines, raconte Samia. Le juge leur disait que les États-Unis avaient besoin d'eux, de leur culture, de leur langue, de leur contribution au développement du pays. Puis tous, main sur le cœur, se sont mis à entonner l'hymne américain. Mes élèves étaient subjugués. Beaucoup m'ont immédiatement demandé si on pouvait, de retour en France, aller en préfecture assister à une cérémonie de naturalisation », se souvient l'enseignante.

Adapté de Denis Peiron, La Croix.fr, 21/01/2015

Quels sont les endroits que les enseignants du lycée de Noisy-le-Sec ont choisi de faire visiter à leurs élèves?

- a) Des lieux hautement symboliques.
- b) Des lieux de divertissement.
- c) Des lieux institutionnels.
- d) Des lieux de culte.

Quesito 8 Domanda C - Lisez le texte attentivement et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Depuis douze ans, l'équipe du lycée Théodore Monod de Noisy-le-Sec transmet les valeurs républicaines à ses élèves en les traduisant dans des projets concrets, souvent en lien avec l'étranger.

Tout commence au lendemain des attentats du 11 septembre 2001 à New York. Samia entend certains de ses élèves se réjouir des attaques, convaincus notamment qu'elles ont tué de nombreux juifs. Entre stupéfaction et colère, la professeur d'anglais de ce lycée professionnel, engage la conversation, argumente, cherche à convaincre. Mais elle sent très vite qu'un travail en profondeur sur les valeurs s'impose. Avec plusieurs de ses collègues, elle se démène pour trouver des fonds et monter des projets éducatifs et citoyens, souvent assortis de voyages ambitieux.

Car, dit-elle, « les élèves restent trop souvent confinés dans l'univers étroit de leur quartier et il importe, pour faire évoluer leurs points de vue, de délocaliser régulièrement la classe ». La première destination, hautement symbolique, est le camp d'Auschwitz.

Les élèves s'envolent pour Washington et le Mémorial de l'Holocauste, ils partent pour le Maroc, apporter du matériel de puériculture à de jeunes mères rejetées par leurs familles pour avoir conçu un enfant en dehors des liens du mariage...

L'un des moments les plus intenses, émotionnellement, de ces douze années de projets est incontestablement la cérémonie de naturalisation à laquelle les élèves de Noisy-le-Sec ont pu assister, l'an dernier, à New York. « Il y avait là 440 personnes, de toutes origines, de toutes confessions, qui d'un instant à l'autre, allaient devenir américaines, raconte Samia. Le juge leur disait que les États-Unis avaient besoin d'eux, de leur culture, de leur langue, de leur contribution au développement du pays. Puis tous, main sur le cœur, se sont mis à entonner l'hymne américain. Mes élèves étaient subjugués. Beaucoup m'ont immédiatement demandé si on pouvait, de retour en France, aller en préfecture assister à une cérémonie de naturalisation », se souvient l'enseignante.

Adapté de Denis Peiron, La Croix.fr, 21/01/2015

Quel est l'intérêt de faire voyager les adolescents selon les enseignants du lycée professionnel de Noisy-le-Sec?

- a) Parce que les voyages forment la jeunesse.
- b) Pour renforcer la cohésion du groupe-classe.
- c) Pour les ouvrir aux points de vue des autres et éviter le confinement dans des quartiers où il y a peu de mixité sociale.
- d) Pour qu'ils apprennent les langues en situation.

Quesito 8 Domanda D - Lisez le texte attentivement et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Depuis douze ans, l'équipe du lycée Théodore Monod de Noisy-le-Sec transmet les valeurs républicaines à ses élèves en les traduisant dans des projets concrets, souvent en lien avec l'étranger.

Tout commence au lendemain des attentats du 11 septembre 2001 à New York. Samia entend certains de ses élèves se réjouir des attaques, convaincus notamment qu'elles ont tué de nombreux juifs. Entre stupéfaction et colère, la professeur d'anglais de ce lycée professionnel, engage la conversation, argumente, cherche à convaincre. Mais elle sent très vite qu'un travail en profondeur sur les valeurs s'impose. Avec plusieurs de ses collègues, elle se démène pour trouver des fonds et monter des projets éducatifs et citoyens, souvent assortis de voyages ambitieux.

Car, dit-elle, « les élèves restent trop souvent confinés dans l'univers étroit de leur quartier et il importe, pour faire évoluer leurs points de vue, de délocaliser régulièrement la classe ». La première destination, hautement symbolique, est le camp d'Auschwitz.

Les élèves s'envolent pour Washington et le Mémorial de l'Holocauste, ils partent pour le Maroc, apporter du matériel de puériculture à de jeunes mères rejetées par leurs familles pour avoir conçu un enfant en dehors des liens du mariage...

L'un des moments les plus intenses, émotionnellement, de ces douze années de projets est incontestablement la cérémonie de naturalisation à laquelle les élèves de Noisy-le-Sec ont pu assister, l'an dernier, à New York. « Il y avait là 440 personnes, de toutes origines, de toutes confessions, qui d'un instant à l'autre, allaient devenir américaines, raconte Samia. Le juge leur disait que les États-Unis avaient besoin d'eux, de leur culture, de leur langue, de leur contribution au développement du pays. Puis tous, main sur le cœur, se sont mis à entonner l'hymne américain. Mes élèves étaient subjugués. Beaucoup m'ont immédiatement demandé si on pouvait, de retour en France, aller en préfecture assister à une cérémonie de naturalisation », se souvient l'enseignante.

Adapté de Denis Peiron, La Croix.fr, 21/01/2015

Quel a été le moment le plus fort, émotionnellement parlant?

- a) Une visite au camp d'Auschwitz.
- b) Un voyage pour aider de jeunes filles-mères au Maroc.
- c) La visite du Mémorial de l'Holocauste à Washington.
- d) Une cérémonie de naturalisation américaine à New-York.

Quesito 8 Domanda E - Lisez le texte attentivement et répondez aux questions en cochant la bonne réponse.

Depuis douze ans, l'équipe du lycée Théodore Monod de Noisy-le-Sec transmet les valeurs républicaines à ses élèves en les traduisant dans des projets concrets, souvent en lien avec l'étranger.

Tout commence au lendemain des attentats du 11 septembre 2001 à New York. Samia entend certains de ses élèves se réjouir des attaques, convaincus notamment qu'elles ont tué de nombreux juifs. Entre stupéfaction et

colère, la professeur d'anglais de ce lycée professionnel, engage la conversation, argumente, cherche à convaincre. Mais elle sent très vite qu'un travail en profondeur sur les valeurs s'impose. Avec plusieurs de ses collègues, elle se démène pour trouver des fonds et monter des projets éducatifs et citoyens, souvent assortis de voyages ambitieux.

Car, dit-elle, « les élèves restent trop souvent confinés dans l'univers étroit de leur quartier et il importe, pour faire évoluer leurs points de vue, de délocaliser régulièrement la classe ». La première destination, hautement symbolique, est le camp d'Auschwitz.

Les élèves s'envolent pour Washington et le Mémorial de l'Holocauste, ils partent pour le Maroc, apporter du matériel de puériculture à de jeunes mères rejetées par leurs familles pour avoir conçu un enfant en dehors des liens du mariage...

L'un des moments les plus intenses, émotionnellement, de ces douze années de projets est incontestablement la cérémonie de naturalisation à laquelle les élèves de Noisy-le-Sec ont pu assister, l'an dernier, à New York. « Il y avait là 440 personnes, de toutes origines, de toutes confessions, qui d'un instant à l'autre, allaient devenir américaines, raconte Samia. Le juge leur disait que les États-Unis avaient besoin d'eux, de leur culture, de leur langue, de leur contribution au développement du pays. Puis tous, main sur le cœur, se sont mis à entonner l'hymne américain. Mes élèves étaient subjugués. Beaucoup m'ont immédiatement demandé si on pouvait, de retour en France, aller en préfecture assister à une cérémonie de naturalisation », se souvient l'enseignante.

Adapté de Denis Peiron, La Croix.fr, 21/01/2015

Quel a été l'événement qui a poussé Samia à développer son projet ?

- a) Une bagarre entre plusieurs élèves de différentes religions.
- b) Les réactions antisémites de certains élèves après le 11 septembre.
- c) Le négationnisme des élèves après une visite à Auschwitz.
- d) Un élève faisant l'apologie du terrorisme.